

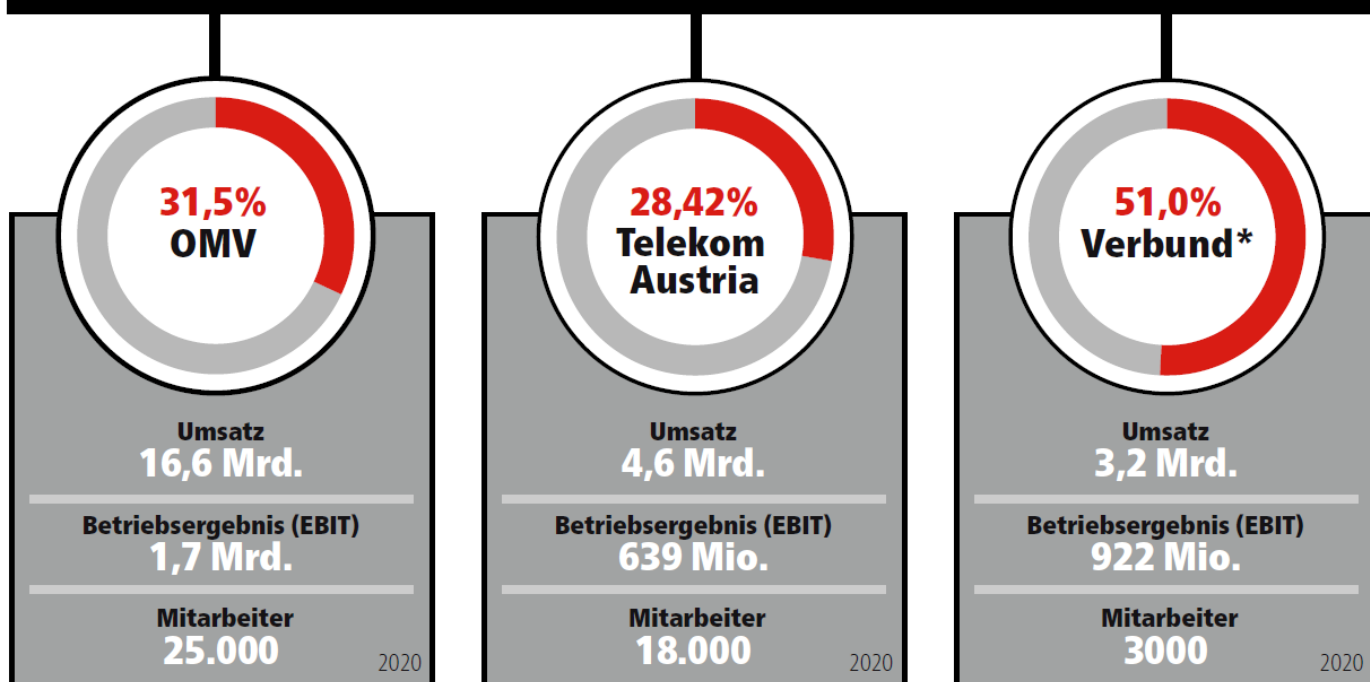
Pressepiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **12.04.2021 / KW 14**

WICHTIGSTE BETEILIGUNGEN



Das ein Unternehmen einen Familiennamen trägt, entspricht der Industrietradition. Man denke an „Manner“, „Porsche“ oder „Swarovski“. Seit zwei Wochen kennt die Öffentlichkeit die „Schmid AG“. Der offizielle Firmename der Industrieholding lautet zwar Österreichische Beteiligungs AG. Gernot Blümel formuliert aber gern salopper. Und so schrieb der Finanzminister in den berühmt-berüchtigten Herzerl-Chats mit Sebastian Kurz und Thomas Schmid am 11. Dezember 2018: „Schmid AG fertig“. An diesem Tag hatte der Nationalrat das neue ÖBAG-Gesetz beschlossen, maßgeschneidert von und für den damaligen Kabinettschef im Finanzministerium.

Die Chats von Kurz & Co brachten der ÖBAG jede Menge unerwünschte Publicity. Verdient hätte sie bessere Testimonials. Die kleine Aktiengesellschaft mit dem sperrigen Namen und zwei Dutzend Mitarbeitern hütet den industriellen Schatz der Republik Österreich im Gesamtwert von 26 Milliarden Euro, darunter Beteiligungen an OMV, Post, Verbund, Telekom Austria Group und Casinos Austria. Dazu ist die ÖBAG Alleineigentümerin der Bundesimmobiliengesellschaft und verwaltet fünf Überbleibsel aus früheren staatlichen Geschäftsfeldern wie etwa dem Bergbau.

Österreich verdient gut an seiner Beteiligungsgesellschaft. Für 2019 schüttete die

Spott! Und Schaden?

Die ÖBAG managt die Milliarden-Anteile der Republik an OMV oder Telekom. Thomas Schmid hat sich dort einen lukrativen Posten geschaffen. Aber hat er auch einen guten Job gemacht?

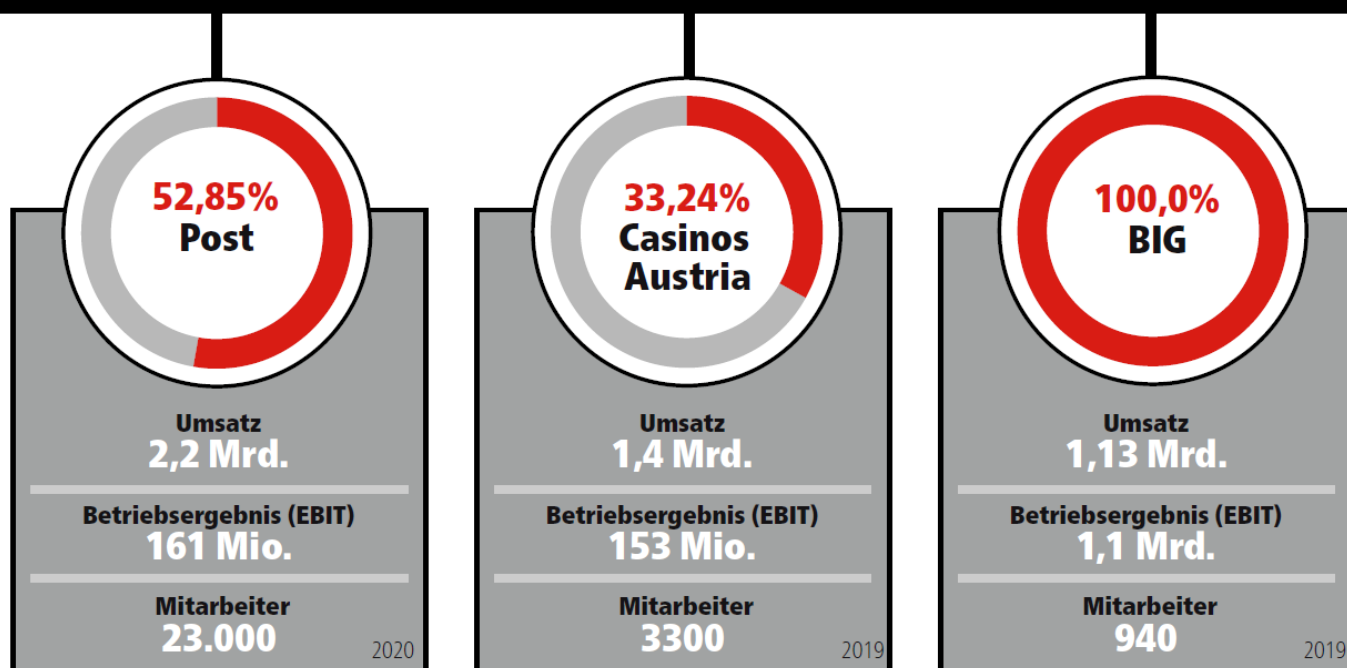
VON GERNOT BAUER UND
ROSEMARIE SCHWAIGERER

ÖBAG eine Dividende von 480 Millionen Euro an das Finanzministerium aus. Aber was war die Leistung von ÖBAG-Alleinvorstand Schmid? Und wie groß ist der angerichtete Chat-Schaden?

In den kommenden Monaten wird Schmid jedenfalls weniger mit der Ausschüttung einer Dividende als mit der Abwicklung seiner Karriere beschäftigt sein. Vergangene Woche informierte er den ÖBAG-Aufsichtsrat, keine Verlängerung seines Vertrages anzustreben. Auch seine Aufsichtsratsmandate bei Verbund, OMV, Bundesimmobiliengesellschaft und Telekom Austria wird er zurücklegen. Es sei denn, der Druck wird zu groß und der ÖBAG-Aufsichtsrat beruft Schmid noch vor der Zeit ab. Allerdings müsste er sich dies wohl einiges kosten lassen, da Schmid aktienrechtlich kaum etwas vorzuwerfen ist. Das Bestreben, sich selbst einen hoch dotierten Spitzenjob zu zimmern, mag unsittlich sein, strafbar ist es nicht.

Man möge Schmid an seinen Taten messen, heißt es aus der ÖVP. Dieser leiste hervorragende Arbeit. Immerhin habe sich der Wert des Beteiligungsportfolios seit seinem Amtsantritt im März 2019 um fünf Milliarden auf nunmehr 26 Milliarden Euro erhöht. Der Radiosender Ö1 hat diese Argumentation bereits zerpfückt. Das Plus sei fast zur Gänze auf ein Unternehmen in der ÖBAG-Sammlung zurück-

DER ÖBAG



* BMF hält 51%, ÖBAG verwaltet

Quelle: APA/ÖBAG profilinfografik-noa

zuführen, nämlich auf den Verbund, erläuterten die Kollegen. Die Aktien des Stromkonzerns erlebten zuletzt einen Höhenflug, was am Run internationaler Investoren auf „grüne“ Beteiligungen liege.

Die Opposition dreht den Spieß um und versucht, Schmid persönliches Versagen nachzuweisen. Der ÖBAG-Chef sei für ein „Millionengrab“ verantwortlich, erklärte SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter: Die Casinos Austria seien als politisches Jobkarussell missbraucht worden, und auch bei der OMV laufe es nicht rund. Nicht zuletzt habe es Schmid als Verhandler der Staatshilfe für die Austrian Airlines verabsäumt, eine Jobgarantie herauszuholen.

Das stimmt alles, lässt aber außer Acht, dass die gesamte Weltwirtschaft wegen Corona ein Katastrophenjahr hinter sich hat. Auch außerhalb der ÖBAG sind Managementleistungen derzeit schwer zu bewerten. Ein paar wenige Branchen profitieren von Serienlockdowns, die meisten leiden. Der Schmid-Effekt sei wohl in jedem Fall kleiner als der Pandemie-Effekt, meint Nikolaus Jilch vom wirtschaftsliberalen Thinktank Agenda Austria.

Operativ kann der ÖBAG-Boss bei keinem Unternehmen eingreifen; das verhindert das Aktienrecht. Über seine Aufsichtsratsmandate hat er theoretisch aber ziemlich viel Einfluss. Jeder Vorstand täte

sich schwer, eine geschäftliche Strategie gegen den Vertreter des Anteilseigners Republik durchzuziehen – wenn dieser seine Muskeln spielen lässt. Unter den Managern der ÖBAG-Beteiligungen habe Schmid keinen schlechten Ruf, erzählt ein Kenner der Szene. „Das muss man nicht unbedingt als Lob verstehen. Vielleicht heißt es nur, dass sie mit ihm nach Belieben Schlitten fahren können. Oder es heißt, dass Schmid sich besser macht, als angesichts seiner Ausbildung zu erwarten gewesen wäre.“ Ein Arbeitnehmervertreter unter den Aufsichtsräten kann über den ÖBAG-Boss nur Gutes berichten. „Thomas Schmid bringt sich bei den Sitzungen ein und wirkt sehr strukturiert. Das hat mich überrascht, weil er ja eine rein politische Besetzung war. Aber ich würde sagen, er hat seinen Job bisher gut

gemacht.“ Bei den Diskussionen im Aufsichtsrat merke man, dass Schmid persönlich Kontakte zu den Vorständen pflege und die Infos nicht von jemand anderem erzählt bekomme. Was den Betriebsrat besonders freut, ist Schmidts Aversion gegen weitere Privatisierungen: „Da ist seine Position ganz klar. Er sagt immer wieder, wir müssen den österreichischen Standort stärken. Deshalb kommen weitere Verkäufe für ihn nicht infrage.“ Ein ehemaliger Manager im staatsnahen Bereich meint dagegen: „Natürlich ist ein gewisses Grundverständnis für die Politik in diesem Job wichtig. Aber wichtiger ist die Managementenerfahrung. Man muss die Dynamik einer Aufsichtsratssitzung erlebt haben, sich mit Konzernstrategie auskennen, etwas von Menschenführung verstehen.“ Daran hapert es bei Schmid eindeutig, auch internationale Erfahrung brachte er nicht mit.

Sein Aufgabenprofil war von Beginn an schwammig formuliert. Ziel der ÖBAG seien Standortstärkung, Sicherung der österreichischen Hauptquartiere und aktives Beteiligungsmanagement. Im Dezember 2020, als die Welt für ihn noch halbwegs in Ordnung war, lobte Schmid die ÖBAG als „stabilen Anker“ in der Coronapandemie. Und sich sah er wohl als großen Stabilisator. Schmidts Hauptjob war im Vorjahr vor allem Verhandlungssache.

„Der Schmid-Effekt ist kleiner als der Pandemie-Effekt.“

Nikolaus Jilch,
Agenda Austria

Im März 2020 einigte er sich mit der tschechischen Sazka-Group auf einen Syndikatsvertrag zur Führung der Casinos Austria (Casag). Vorangegangen war dem ein langer Streit über den Einfluss im Konzern, der sich an der Berufung des FPÖ-Günstlings Peter Sidlo in den Vorstand entzündet hatte. Positiv ist zu vermerken, dass die Situation in der Casag endlich beruhigt wurde. Und mit Siemens-Österreich-Chef Wolfgang Hesoun fungiert ein Industrieprof als neuer Aufsichtsratsvorsitzender. Allerdings verschaffte Schmid Deal den Tschechen die Mehrheit an der Casag, nachdem die ÖBAG auf ihr Vorkaufsrecht am Novomatic-Anteil an den Casinos verzichtet hatte. Eine große österreichische Glücksspiel-Lösung war damit endgültig gescheitert. Dank der Einnahmen aus den Lotterien erzielte die Casag 2020 trotz geschlossener Casinos einen Gewinn, allerdings werden 500 Jobs abgebaut.

Als stellvertretender OMV-Aufsichtsratspräsident war Schmid 2020 in einen Milliarden-Deal involviert. Im Oktober finalisierte die OMV die Aufstockung ihrer Beteiligung am Chemiekonzern Borealis von 36 auf 75 Prozent. Der Aufsichtsrat segnete das Investment in Höhe von 3,8 Milliarden Euro ab. Experten kritisierten die Höhe des Kaufpreises. Verkäufer war der OMV-Kernaktionär Mubadala, der Staatsfonds von Abu Dhabi. Im Juli hatte Schmid den Syndikatsvertrag mit Mubadala (der Staatsfonds hält 25 Prozent an der OMV) für weitere zehn Jahre verlängert. Als Erfolg verkaufte er die Kür des neuen OMV-Aufsichtsratsvorsitzenden Mark Garrett im September 2020. Allerdings liefern sich Garrett und OMV-CEO Rainer Seele mittlerweile einen beinhalten Machtkampf im Konzern. Von Stabilität an der Führungsspitze kann keine Rede sein. Die OMV-Aktie brach 2020 ein, erholte sich mittlerweile aber halbwegs.

Auch bei der Telekom Austria Group hat es Schmid mit einem mächtigen Partner und divergierenden Interessen zu tun. Der mexikanische Telekomkonzern America Movil von Carlos Slim will kurzfristige Profite sehen. Als Unternehmen der kritischen Infrastruktur muss die Telekom aber moderne und äußerst kostspielige Hochleistungsnetze im Land errichten. Insgesamt kam der Konzern bisher gut durch die Corona-Krise. Der Aktienkurs entwickelte sich ähnlich wie jener der Deutschen Telekom. Ein Einfluss von Thomas Schmid war dabei nicht messbar.

Will man wie die ÖVP Schmid's Leistungen an Aktienkursen der ÖBAG-Beteiligungen messen, war die Post AG kein Er-



SCHMID
Großzügige Gage
für passives
Beteiligungs-
management

folg. Zu Schmid's Amtsantritt Ende März 2019 lag der Kurs der Aktie bei 37,2 Euro, vergangenen Freitag bei 38,2 Euro. Zum Vergleich: Die Aktie der Deutschen Post legte im gleichen Zeitraum von 29 auf 48 Euro zu. Allerdings gilt auch in diesem Fall: Einen Schmid-Effekt gibt es nicht. Ob Telekom, ob Post: Allfällige Boni muss sich der ÖBAG-Chef mit anderen Leistungen verdienen haben. Sein Grundgehalt von 400.000 Euro scheint großzügig bemessen, da seine Tätigkeit kaum mit einem operativen Managementposten in der Industrie vergleichbar und bisher eher passiv als aktiv angelegt ist.

Rundum zufrieden kann Schmid mit der Performance der Bundesimmobilien-gesellschaft sein, die rund 2000 staatliche Liegenschaften (vor allem Schulen und Universitäten) verwaltet und als Bauträger auch am freien Markt tätig ist. Von den

„Schmid bringt sich bei den Sitzungen ein und wirkt strukturiert. Das überrascht, weil er ja eine rein politische Besetzung war.“

Ein Arbeitnehmervertreter aus den Reihen der Aufsichtsräte

Einnahmen der ÖBAG 2019 in Höhe von 574 Millionen Euro kam der größte Teil, nämlich 200 Millionen Euro, von der BIG (180 Millionen von der OMV, je 74 Millionen von Post und Verbund, 39 Millionen von der Telekom). Die BIG wirtschaftet also erfolgreich – und vom Eigentümer weitgehend ungestört. Seit seiner Bestellung zum ÖBAG-Chef ließ Thomas Schmid nur eine Presseaussendung zur BIG veröffentlichen. Diese betraf die Vertragsverlängerung der beiden Geschäftsführer im September 2020.

Die Causa Schmid löst nun Debatten über eine Reform der erst 2018 reformierten ÖBAG aus. Die SPÖ fordert die Festlegung eines Privatisierungsverbots. Der leitende Sekretär der Industrie-Gewerkschaft PRO-GE, Alois Stöger (ehemaliger SPÖ-Gesundheits- und Verkehrsminister), schlägt eine Aufwertung der ÖBAG vor. Diese sollte mehr volkswirtschaftliche Bedeutung erlangen und in Zukunftstechnologien und neue Unternehmen investieren. Theoretisch kann sich Stöger auch eine Beteiligung an der strauchelnden MAN in Steyr vorstellen.

Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) fordert für die Zukunft die Bestellung eines zweiten Vorstands. Auf diesen war bei der Reform durch Türkis-Blau 2018 verzichtet worden. Warum, erklärt ein Insider: „Aus Sicht der ÖVP musste verhindert werden, dass die FPÖ auch einen Vorstandsposten haben will.“ ■

Die Folgen einer Sommernacht. Das Ibiza-Video löste eine Reihe von Korruptionsermittlungen aus, die Politik und Justiz bis heute beschäftigt. Das Who is who im Überblick

Ein Polit-Drama in (bisher) vier Akten

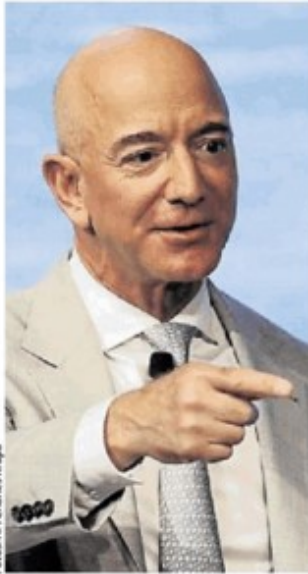
TEXT R. LINDORFER GESTALTUNG H. SCHALK, M. EBER

Die Geschichte beginnt 2017 in einer lauen Sommernacht auf Ibiza mit einigen Gläsern Wodka-Bull und einer (falschen) reichen Russin. Vier Jahre später ist der amtierende Finanzminister im Zuge eines Mega-Strafverfahrens beschuldigt, im Parlament werden Chats mit Bussi- und Biceps-Emojis sezziert, und zwei Spitzenbeamte der Justiz bangen um ihre Jobs. Der frühere FPÖ-Chef Heinz-Christian

Strache löste mit seinem Auftritt im Ibiza-Video nicht nur einen der größten Polit-Skandale Österreichs aus, er gab auch den Startschuss für Korruptionsermittlungen in ungeahnten Dimensionen. Kurioserweise steht mittlerweile nicht mehr seine Ex-Partei, sondern sein Ex-Koalitionspartner, die ÖVP, im öffentlichen Fokus. Das wird wohl noch eine Weile so bleiben, bis die Justiz Verfahrensstränge einstellt oder vor Gericht bringt. Der Verfahrenskomplex ist gigantisch: Die Staatsanwaltschaft Wien untersucht die Hintergründe des Ibiza-Videos, das

im Mai 2019 publik wurde. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt in der Casinos-Causa mit etlichen Beschuldigten rund um Untreue, Amtsmissbrauch und Bestechlichkeit. Die Staatsanwaltschaft Innsbruck prüft Vorwürfe des Amtsgeheimnis-Verrats gegen zwei hochrangige Justiz-Vertreter in der Bundeshauptstadt. Der KURIER versucht, die Fäden zu entwirren und einen Überblick über die Ermittlungen zu geben. Für alle genannten Personen gilt die Unschuldsvermutung.





Fotos: AP/Charles Krupa

Jeff Bezos (oben) ist weiterhin der reichste Mann der Welt, dicht gefolgt von Elon Musk (re. o.). Reichster Österreicher bleibt Didi Mateschitz (rechts).



Viele Unternehmer profitierten von der Corona-Pandemie

Fast 500 neue Milliardäre: Bezos bleibt die Nummer 1

LOS ANGELES. Das Wirtschaftsmagazin „Forbes“ hat seine Liste der reichsten Menschen der Welt aktualisiert. Auf dem ersten Platz bleibt Amazon-Gründer Jeff Bezos mit sattem 177 Mrd. Dollar. Bemerkenswert: Während der Corona-Pandemie wurden 493 Menschen erstmals Milliardäre – unter ihnen ist auch Kim Kardashian.

Seit 2020 hat Bezos' Vermögen um satte 64 Mrd. Dollar zugenommen – dank der gestiegenen Kurse der Amazon-Aktien. Dicht hinter ihm liegt Tesla- und SpaceX-Chef Elon Musk. Er kommt auf 151 Mrd. US-Dollar. Dank der fulminanten Kursrallye der Tesla-Aktien, die sein Vermögen um 126,4 Mrd. Dollar in die Höhe schnellen ließen, arbeitete sich Musk von Rang 31 im Jahr 2020 auf die zweite Stel-

le vor. Den dritten Platz belegt Bernard Arnault – der Franzose herrscht über das Luxusimperium LVMH (unter anderem Louis Vuitton). Sein Vermögen verdoppelte sich binnen eines Jahres auf 150 Milliarden Dollar. Bill Gates belegt Platz 4 mit 124 Milliarden Dollar. Facebook-Gründer Mark Zuckerberg landet auf Platz 5 (97 Milliarden Dollar).

Neue Milliardärin ist Mode- und Kosmetikunternehmerin Kim Kardashian. Ex-US-Präsident Donald Trump besetzt mit 2,4 Mrd. Dollar nur Rang 1299. Obwohl sein Vermögen seit 2020 um 300 Millionen Dollar stieg, verlor er in der Liste fast 300 Plätze.

Didi Mateschitz bleibt reichster Österreicher

Erster Österreicher in der Liste bleibt Red-Bull-Boss Didi Mateschitz. Mit einem geschätzten Vermögen von 26,9 Mrd. Dollar landet er auf Platz 56. Weiter hinter ihm sind Novomatic-Gründer Johann Graf (Platz 358 mit 7,1 Mrd.) und Bauunternehmer Georg Stumpf (Platz 404 mit 6,5 Mrd.).

Die wilde Story des Ibiza-Detektivs

Parlament. Julian H., der Produzent des Ibiza-Videos, erzählt im Untersuchungsausschuss über seine Motive, unmoralische Angebote an ihn und über ein weiteres Video, das im Umlauf sein soll.

von Martin Fritzl

Wien. Er hat Österreich ein gutes Stück verändert: Julian H., umtriebiger Detektiv, der 2017 auf Ibiza jenes Video über Heinz-Christian Strache produzierte, das den FPÖ-Chef und Vizekanzler zwei Jahre später zu Fall bringen sollte. Die Folgen: Die türkisblaue Regierung stürzte, Neuwahlen brachten Türkis-Grün ans Ruder. Am Donnerstag war Julian H. im Ibiza-Untersuchungsausschuss geladen.

Wobei seine Story in ihren Grundzügen schon vorher bekannt war: H. und Anwalt M. hätten Fehlverhalten von Strache aufzeigen wollen. Weil die Polizei kein Interesse daran gezeigt habe, sei man auf die Idee mit der Videofalle gekommen, um ein "Sittenbild" zu zeichnen und die Käuflichkeit von Strache zu dokumentieren. Finanzielles Interesse habe es keines gegeben, verkaufen habe man das Video nur deshalb wollen, weil Straches Leibwächter, der bereit war auszupacken, finanziell abgesichert werden sollte.

Der Untersuchungshäftling

Heute sitzt Julian H. in Wien in Untersuchungshaft, nachdem er aufgrund eines internationalen Haftbefehls in Deutschland festgenommen wurde. Grund dafür ist gar nicht das Ibiza-Video (illegale Tonbandaufnahmen hätten für eine Auslieferung nicht ausgereicht), sondern Vorwürfe des Drogenhandels und der Erpressung. Der Detektiv sieht das als Ergebnis einer Verschwörung der Polizei gegen ihn. Der frühere Soko-Chef

Andreas Holzer - heute Chef des Bundeskriminalamtes - sei ein ÖVP-Mann, der die Ermittlungen von den Inhalten des Videos weg zu seiner Person gelenkt habe.

Die Vorwürfe seien allesamt erfunden und konstruiert. Damit habe man aber im Ausland Hausdurchsuchungen und Telefonabhörungen in einer Intensität durchgesetzt, wie es sie "nicht einmal bei Terrorermittlungen" gebe. Auf der anderen Seite habe man jene Personen, denen er angeblich Drogen verkauft haben soll, nicht einmal einvernommen. Die Vorwürfe selbst bestreitet Julian H. - es gilt die Unschuldsvermutung.

Vorwürfe des Detektivs

Über alles, was die Ermittlungen gegen ihn betrifft, wollte Julian H. vor dem U-Ausschuss nicht aussagen - und das muss er auch nicht, wenn er sich selbst belasten könnte. Dafür erzählte er andere Geschichten, die durchaus von Interesse sind, aber einen Nachteil haben: Sie lassen sich nicht nachprüfen. Zum Beispiel: Ihm seien zwei Millionen Euro geboten worden, wenn er angibt, dass die SPÖ oder Neos-Mäzen Hans Peter Haselsteiner Auftraggeber des Videos seien. Wer das angeboten hat? Da wird H. sehr unkonkret: Es seien Personen, bei denen er annehmen musste, dass hinter ihnen der Glücksspielkonzern Novomatic oder Poker-Veranstalter Peter Zanon stünden. Auch weitere Angebote von Medien will H. für das Video bekommen und abgelehnt haben. Diese seien zwischen 10.000 und mehreren Hunderttausend Euro gelegen.

Eine andere Geschichte: Russisches Geld sei an österreichische Parteien geflossen, und zwar über zypriotische Gesellschaften. Auch da bleibt

H. Details schuldig. Und auch Kontakte von Wirecard-Managern in die österreichische Politik spricht er an (die aber ohnehin bekannt sind).

Ein zweites Video?

In Deutschland war Julian H. im Wirecard-Untersuchungsausschuss geladen und hat dort über ein zweites Video gesprochen, das angeblich existieren soll: Aufgenommen in den Geschäftsräumlichkeiten des Gastronomen Martin Ho soll es angeblich hochrangige Politiker beim Drogenkonsum zeigen. Die Quelle? H. sagt, er habe mit jemandem gesprochen, der das Video gesehen hat, und mit jemandem, der dabei war. Selbst sei er an der Produktion nicht beteiligt. Vor dem U-Ausschuss in Wien wollte er dazu nicht mehr Stellung nehmen.

Alfred Nolls Auftritt

Als Vertrauensperson hatte H. den Rechtsanwalt Alfred Noll dabei, der bis 2019 für die Liste Pilz (später Liste Jetzt) im Nationalrat saß. Die intensiven Beratungen zwischen Zeugen und Vertrauensperson missfielen den Abgeordneten, vor allem, wenn Noll sich selbstständig an H. wandte (was er laut Geschäftsordnung nicht darf). Als FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker dann auch noch bemerkte, dass Noll seinem Klienten Zettelchen zuschob ("Wir sind ja nicht dumm"), entfuhr dem Anwalt ein halblautes "Naja".

Die Folge: eine Geschäftsordnungsdebatte und die Androhung des Ausschlusses der Vertrauensperson. Noll durfte schließlich doch bleiben. Was aber keine Überraschung war: Ohne Vertrauensperson hätte H. die Befragung nicht fortsetzen müssen.

Formaldebatten bremsen den U-Ausschuss aus

Finanzminister Blümel entschlug sich häufig der Aussage. Formales Hickhack prägte seine Befragung.

Wien. Stundenlange Diskurse um Entschlagungsrechte und die Zulässigkeit von Fragen prägten am Mittwoch den Ibiza-U-Ausschuss. Bereits zum zweiten Mal wurde Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) befragt. Brachte er in seiner ersten Befragung die Opposition noch mit Erinnerungslücken auf die Palme, waren es am Mittwoch zahlreiche Entschlagungen. Blümel wird in der Causa Casinos mittlerweile nämlich als Beschuldigter geführt, daher steht ihm auch ein Entschlagungsrecht zu.

Im Mittelpunkt standen vor allem die kürzlich öffentlich gewordenen Chats zwischen Blümel und Thomas Schmid, dem Chef der staatlichen Beteiligungsgesellschaft Öbag. Es handle sich um „saloppe“ Formulierungen zwischen guten Bekannten, rechtfertigte sich Blümel. Die Aufregung könne er zum Teil nachvollziehen,

Die Chats seien aber aus dem Zusammenhang gerissen. Außerdem habe „jeder schon Nachrichten geschrieben, die er im Nachhinein nicht mehr schreiben oder anders formulieren würde“, so Blümel.

ÖVP will Rücktritte

Auch abseits der Befragung gab es Debatten. Die ÖVP forderte am Mittwoch den Rücktritt von Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper und SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer. Diese seien mit ihren permanenten Unterstellungen für das „schlechte politische Klima verantwortlich“. Krisper und Krainer wiesen das zurück.

Einen Etappensieg konnte die ÖVP aber verbuchen: Die Zahlungen des Glücksspielkonzerns Novomatic an das ÖVP-nahe „Alois Mock Institut“ dürften keine strafrechtlichen Folgen haben. ■

Seite 3

Die Baustellen der Öbag-Beteiligungen

Vor welchen Herausforderungen OMV, Casinos, Telekom Austria und Post stehen.

Von Rosa Eder-Kornfeld

Geht es nach den Plänen von Öbag-Alleinvertand Thomas Schmid, dann ist er noch ein Jahr im Amt. Die Opposition forderte am Mittwoch jedoch einmal mehr die sofortige Abberufung des Chefs der Staatsholding aufgrund der SMS-Affäre rund um seine Bestellung. Abberufen werden sollen auch die Kapitalvertreter im Öbag-Aufsichtsrat, „die offenbar nach Kriterien wie ‚Steuerbarkeit‘ und ‚ÖVP Spenden‘ ausgesucht wurden und dem Treiben deshalb auch seit Monaten tatenlos zusehen“, so die SPÖ in einer Aussendung.

Schmid will nun wie berichtet seinen Vertrag mit März 2022 auslaufen lassen und auf die Vertragsverlängerung um zwei Jahre verzichten. Bis dahin verwaltet er die elf Industriebeteiligungen des Bundes mit einem Marktwert von 27 Milliarden Euro.

OMV will zum Chemiekonzern werden

31,5 Prozent hält die Öbag an der OMV, deren Geschäft sich bisher auf Öl und Gas fokussiert hat. „Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass Öl durch neue Energieformen ersetzt wird“, sagte OMV-Chef Rainer Seele unlängst im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“. Er will den Energiekonzern, der 2020 schwere Verluste eingefahren hat, zu einem Chemieunternehmen umbauen. Der bisherige Bereich Refining & Petrochemical Operations wurde in Refining und Chemicals & Materials geteilt.

Im Herbst 2020 hatte die OMV ihre Anteile am Kunststoffhersteller Borealis von 36 Prozent auf 75 Prozent aufgestockt. Verkäufer war der Staatsfonds der Vereinigten Arabischen Emirate, die Mubadala Investment Company in Abu Dhabi, mit 24,9 Prozent zweitgrößter Einzelaktionär der OMV. Mubadala hält nun 25 Prozent der Borealis-Anteile. Der Syndikatsvertrag zwischen der

Öbag und Mubadala, der 1994 abgeschlossen worden war, wurde im Juli 2020 für die nächsten zehn Jahre verlängert.

Stark von der Corona-Pandemie getroffen wurden auch die Casinos Austria, an denen die Öbag 33,24 Prozent hält. Die 12 Casinos und die 21 Automatenstandorte mussten lange schließen. Um Kosten einzusparen, wurden hunderte Stellen gestrichen.

Casinos Austria im unerwünschten Rampenlicht

Viel Medienpräsenz bescherte den Casinos Austria in der jüngeren Vergangenheit auch ein mutmaßlicher Postenschacher. Der FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo wurde zum Finanzvorstand der Casag bestellt, obwohl er als unqualifiziert galt. Als Gegenleistung sollen ÖVP- und FPÖ-Politiker versprochen haben, sich für Online-Gaming-Lizenzen und Casino-Lizenzen sowie die Wiedereinführung des „Kleinen Glücksspiels“ in Wien einzusetzen.

Der Glücksspielkonzern Novomatic, der 17,19 Prozent an den Casinos hielt, verkaufte seine Anteile an den tschechischen Großaktionär Sazka, der seinen Anteil auf 55,5 Prozent erhöhen konnte. Die Öbag nahm ihr Vorkaufsrecht nicht in Anspruch.

Nun sollen in Österreich Verschärfungen des Spielerschutzes kommen, die vor allem die Casinos Austria treffen würden, die in weiten Bereichen der einzige legale Anbieter in Österreich sind.

Die Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG) wird die Telekom Austria beschäftigen, die zu 28,42 Prozent der Öbag gehört, die anfänglich (1967) Österreichische Industrieverwaltungs-Gesellschaft m.b.H. (ÖIG) hieß und 1970 in Österreichische Industrieverwaltungs AG (ÖIAG) umbenannt wurde. Nach dem Skandal rund um den Einstieg des mexikanischen Telekomkonzerns America Movil des Multimilliardärs Carlos Slim bei der Telekom Austria

wurde die ÖIAG zur Ötib umgebaut und der sich bis dahin selbst erneuernde Aufsichtsrat abgeschafft. 2019 wurde aus der Ötib GmbH dann wieder eine AG, die Öbag – oder wie Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) in einer WhatsApp-Nachricht schrieb, die „Schmid AG“.

Die damalige ÖIAG hatte mit America Movil im April 2014 einen Syndikatsvertrag geschlossen, der dem Unternehmen die alleinige Kontrolle über die Telekom Austria sicherte. Die ÖIAG bekam im Gegenzug Vetorechte. Slim installierte den argentinischen Manager Alejandro Plater im Vorstand der Telekom Austria, wo er Hannes Ametsreiter an der Unternehmensspitze ablöste. Seit September 2018 ist Thomas Arnoldner CEO der Telekom Austria, Plater kümmert sich als COO um das operative Geschäft.

Mit dem neuen Telekommunikationsgesetz hat Arnoldner keine große Freude. Es dürfe nicht unter dem „Deckmäntelchen“ des Konsumerschutzes zu mehr Bürokratie und Unsicherheiten bei den 5G-Investitionen kommen, sagt er.

Post AG braucht noch viel mehr Bankkunden

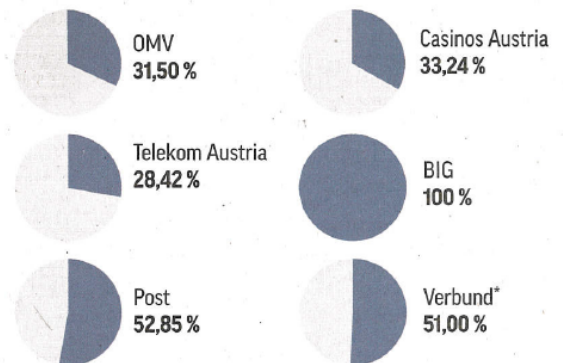
An der Post AG hält die Öbag 52,85 Prozent. Die Post ist in einen Rechtsstreit um eine angebliche Datenschutzverletzung verwickelt und musste 2020 einen Ergebnisrückgang von 20 Prozent verschmerzen. Der Aufbau der Bank99 kostete 39 Millionen Euro, rund 70.000 Kunden konnten bisher gewonnen werden. Für den Break Even bräuhete die Bank die drei- bis vierfache Kundenzahl.

Schmid sitzt dank seiner Öbag-Tätigkeit in einigen Aufsichtsgremien. So ist er Aufsichtsratschef beim Verbund und stellvertretender Vorsitzender des OMV-Aufsichtsrats. Ausgetauscht werden kann er nur im Rahmen von Hauptversammlungen werden. Das passiert erst, nachdem er die Öbag verlassen hat. ■



Foto: apa / Philip Stotter

Wichtigste Beteiligungen der Öbag



Graphik: Apa/WZ, Quelle: Öbag

* BMF hält 51 %, Öbag verwaltet

WIENER ZEITUNG ■

„Wiener Zeitung“, 08.04.2021

Grabenkampf im U-Ausschuss

Zähe Formaldebatten und Wortgefechte lähmten die Befragung von Finanzminister Blümel.

Von Daniel Bischof

Zimperlich waren die Parteien im Ibiza-U-Ausschuss miteinander bisher ohnehin nicht umgegangen. Am Mittwoch wurde die parlamentarische Untersuchung aber von einem besonders rauen Ton begleitet. Rücktrittsaufforderungen, Wortgefechte und zähe Formaldebatten prägten den Befragungstag.

Manchen Abgeordneten gehe es mehr um öffentlichkeitswirksame Vorverurteilungen und Skandalisierungen als um politische Aufklärung, sagte Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) in Richtung der Opposition. Blümel wurde am Mittwoch zum zweiten Mal im U-Ausschuss befragt. In seinem Eingangsstatement zeigte er sich angriffslustig.

Es sei entlarvend, dass Abgeordnete, die immer für Datenschutz und Persönlichkeitsrechte eingetreten seien, nun genüsslich persönliche Nachrichten ausweiden würden, sagte Blümel. Er spielte damit auf die öffentlich bekannt gewordenen Chats zwischen ihm und Thomas Schmid, dem Chef der staatlichen Beteiligungsgesellschaft Öbag, an. Als die gesetzliche Grundlage für den Öbag-Posten geschaffen wurde, schrieb Blümel etwa an Schmid: „Schmid-AG fertig.“

Die Empörung über die Chats könne er zum Teil durchaus nachvollziehen, meinte Blümel. Allerdings seien die einzelnen Nachrichten aus dem Zusammenhang gerissen worden. Außerdem habe „jeder schon Nachrichten geschrieben, die er im Nachhinein nicht mehr schreiben oder anders formulieren würde“, so der Finanzminister. Das gelte umso mehr für Chats zwischen Personen, die einander länger und gut kennen: „Dann formuliert man salopper.“

„Habe keinen Dienst-Laptop“

Blümel erklärte erneut, dass die ÖVP unter ihrem Obmann Sebastian Kurz keine Gelder von Glücksspiel-, Waffen- und Tabakunternehmen angenommen habe. Auch bei Vereinen, bei denen er Verantwortung getragen habe, seien keine Spenden von der Novomatic eingegangen.

Zur viel geführten Diskussion über seine technische Ausstattung meinte Blümel: „Ich habe keinen dienstlichen Laptop.“ Es komme aber vor, dass er für seine Arbeit manchmal den Laptop eines Mitarbeiters verwende.



Auf das Eingangsstatement folgte ein formalistisches Hickhack. Ob diese und jene Frage noch vom Untersuchungszeitraum oder Untersuchungsgegenstand gedeckt sei, wurde zigfach diskutiert. „Muss ich diese Frage beantworten: Ist die bestimmt genug?“, erkundigte sich Blümel etwa beim Verfahrensrichter. Immer wieder beschwerte sich der Finanzminister über Fragen der Opposition, da diese unterstellend seien.

Da Blümel in der Causa Casinos als Beschuldigter geführt wird, machte er im Ausschuss auch mehrfach von seinem Entschlagsrecht Gebrauch. Auch bei der Frage, wie viele IT-Geräte er benutze, entschlag er sich. Immer wieder gab es zwischen den Parteien zähe Debatten um die Geschäftsordnung, nach knapp fünf Stunden war nicht einmal die erste Befragungsrunde abgeschlossen. Nationalratsabgeordneter Helmut

Brandstätter (Neos) sprach aufgrund der stockenden Befragung von einer „Beleidigung des Parlaments“. Das erzürnte Wolfgang Sobotka (ÖVP), den Vorsitzenden des U-Ausschusses. Er drohte Brandstätter einen Ordnungsruf an. Auch mit SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer krachte Sobotka immer wieder aneinander.

Inhaltlich gab es keinen Durchbruch. Thematisiert wurden etwa die SMS zwischen Blümel und dem damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann. Neumann hatte im Juli 2017 an Blümel geschrieben und um einen Termin beim damaligen Außenminister und neuen ÖVP-Chef Sebastian Kurz gebeten. Neumann wollte demnach über eine mögliche Spende und ein „Problem, das wir in Italien haben“, sprechen.

Blümel erklärte, wöchentlich 200 berufliche Nachrichten zu bekommen. Diesen messe er keine besonde-

Die Empörung über die Chats mit Öbag-Chef Schmid könne er zum Teil durchaus nachvollziehen, meinte Blümel.

Foto: apa / Fohringer

re Bedeutung bei, wenn es sich nicht gerade um „singuläre Ereignisse“ handle. Zur Bestellung von Schmid zum Alleinvorstand der Öbag befragt, meinte Blümel, er sei formal nicht dafür zuständig gewesen.

Für Aufsehen sorgte Blümel bei der Frage, ob auch Bundeskanzler Kurz bei der Auswahl der Öbag-Aufsichtsräte eingebunden war. Es komme immer wieder vor, dass im Vorfeld . . . , fing Blümel einen Satz an, verwies dann aber auf das gegen ihn laufende Strafverfahren und sein Entschlagsrecht. Der Verfahrensrichter akzeptierte das.

Hitzige Debatten gab es auch abseits der Befragung. Die ÖVP wurde im Ausschuss am Mittwoch vom Nationalratsabgeordneten Andreas Hanger als neuem Fraktionsführer vertreten. Der bisherige Fraktionsführer Wolfgang Gerstl befindet sich aufgrund eines Ski-Unfalls im Krankenhaus. Hanger kündigte an, seine Rolle im Ausschuss aggressiver anzulegen. Er forderte den Rücktritt von Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper und SPÖ-Fraktionsführer Krainer. Diese seien mit ihren permanenten Unterstellungen für das „schlechte politische Klima verantwortlich“. „Der neue Stil ist ein Märchen, ebenso der Mut zur Veränderung“, schoss Krisper zurück. Die ÖVP habe sich einen „Staat im Staat bauen“ wollen, sagte Krainer. Zum Wechsel Hangers meinte er, der Ausschuss sei nun „fest in niederösterreichischer Sobotka-Hand“.

Ibiza-„Detektiv“ wird befragt

Einen Etappensieg konnte die ÖVP verbuchen: Die Zahlungen des Glücksspielkonzerns an das ÖVP-nahe „Alois Mock Institut“, dessen Präsident Sobotka ist, dürften keine strafrechtlichen Folgen haben. Das berichteten die „Salzburger Nachrichten“ unter Berufung auf einen Vorhabensbericht der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Novomatic hat dem Institut insgesamt 109.000 Euro zukommen lassen, darunter Sponsorings für Veranstaltungen und zwei Zahlungen. Manche Geldflüsse könnten potenziell problematisch sein, eine strafrechtliche Relevanz gebe es aber nicht, wird aus dem Bericht zitiert.

Der Ausschuss wird am Donnerstag fortgesetzt: Befragt wird mit Julian H. Jener „Detektiv“, der das Ibiza-Video erstellt haben soll. ■

„Die Presse“, 08.04.2021

„Salopp“ im Chat, schweigsam im U-Ausschuss

Ibiza. In diese Befragung hatten die Abgeordneten hohe Erwartungen gesteckt: Finanzminister Gernot Blümel war zum zweiten Mal im Ausschuss geladen. Er hatte weniger Erinnerungslücken - aber andere Gründe, um wenig zu beantworten.

VON IRIS BONAVIDA

Jeder und jede bereitet sich auf die Befragung im Untersuchungsausschuss anders vor. Nina Tomaselli von den Grünen zum Beispiel wusste schon seit Tagen, dass sie die Befragung eröffnen sollte. Die Fragen mussten also sitzen. Christian Hafenecker (FPÖ) hingegen ging vor dem Ausschusstag in die Apotheke. Er brachte eine Packung „Kurkuma Gedächtnis aktiv“ gegen Erinnerungslücken mit. Nicht für sich, wohlgeachtet, sondern für die Auskunftsperson.

Der Schmach lag nahe: Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) ist an diesem Mittwoch im Ibiza-Ausschuss geladen - zum zweiten Mal bereits. Bei seiner ersten Befragung gab er mehr als 80 Mal an, sich nicht an bestimmte Dinge erinnern zu können. Dieses Mal erwarteten sich die Abgeordneten mehr: „Er hat gesagt, er will zur Aufklärung beitragen“, sagte Tomaselli im Vorfeld. Worum es gehen sollte, fasste Kai Jan Krainer (SPÖ) wenig diplomatisch zusammen: „Die Kurz-Partie war der Meinung, Gesetze gelten für alle, nur nicht für sie.“ Das „System Kurz“ unter Türkis-Blau sollte nun also beleuchtet werden.

Was bisher geschah

Seitdem Blümel im Juni das erste Mal im U-Ausschuss geladen war, ist einiges passiert: Am 11. Februar findet eine Hausdurchsuchung bei Blümel statt. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und der Bestechung. Am 24. Februar schauen die Ermittler auch im Finanzministerium vorbei. Der (suspendierte) Sektionschef im Justizministerium, Christian Pilnacek, nannte das in einem Chat einen „Putsch“. Blümel weist zurück, direkt oder indirekt Spenden von Novomatic erhalten zu haben. Auslö-



Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) kam wieder in den U-Ausschuss. Seit seiner letzten Befragung ist viel passiert.

Was Blümel gefragt wurde

Ansonsten versuchte Blümel, auf die Fragen nicht einzugehen. Dieses Mal nicht hauptsächlich, weil er sich nicht erinnerte. Sondern weil sie ihm entweder zu privat waren (etwa über einen Laptop, den er eben privat mitbenutzte). Oder weil er zuerst mit den ermittelnden Behörden darüber sprechen wollte. Er entschlug sich immer wieder der Aussage, der Verfahrensrichter nahm es „zur Kenntnis“. Auch in der Causa Schmid. Über die Chatinhalte wiederholte Blümel immer wieder, sie seien „eine saloppe Formulierung zwischen Personen, die sich schon lang kennen“. Vereinzelt las Blümel auch seine Aussagen vom Juli vor. Etwa bei der Frage von Stephanie Krisper (Neos), ob Blümel eine Wahrnehmung dazu habe, dass Schmid sich seinen Öbag-Posten selbst gezimmiert hat.

Außerdem wurde Blümel gefragt: Warum fanden Ermittler bei Blümel zuhause Netzteile für drei Laptops? War Kanzler Kurz in die Bestellung von Aufsichtsräten involviert? Wann hat er von seinem Beschuldigtenstatus erfahren? Hat er sich mit Pilnacek über das Verfahren unterhalten? Auf diese Fragen gab es keine (detaillierten) Antworten.

Wie die Stimmung war

Die Befragung sollte netto nicht länger als vier Stunden dauern. Blümel saß aber von zehn bis 15.30 Uhr im U-Ausschuss - und die Abgeordneten schlossen nur eine Frageunde ab. Immer wieder wurde die Befragung unterbrochen: wegen Geschäftsordnungsdebatten oder weil Ausschussvorsitzender Wolfgang Sobotka (ÖVP) die Fragen nicht zuließ. Apropos: Im ÖVP-Team gab es eine Rochade: Nach einem Skiunfall von Wolfgang Gerstl übernahm Andreas Hanger den Fraktionsvorsitz.

Was Blümel zu sagen hatte

Betont gelassen hatte Blümel das Camineum, den Austragungsort im U-Ausschuss, betreten. Und auch in seinem Eingangsstatement gab er sich sehr angriffig. Zu den Chats meinte er: „Wenn einzelne Nachrichten sowohl zeitlich als auch inhaltlich aus dem Zusammenhang gerissen vorgelegt werden, dann kann das irritierend wirken und Aufregung verursachen. Wenn ich ehrlich bin, kann ich daher diese Empörung teilweise nachvollziehen.“ Aber: „Dass nun gerade Abgeordnete, die in den letzten Jahren offiziell stets für Datenschutz und Persönlichkeits-

rechte eingetreten sind, sich nun an persönlichen Nachrichten deklariert, ist eigentlich entlarvend.“ Er betonte auch erneut, keinen eigenen Laptop zu besitzen - er benutze den seiner Frau mit. Vor der Hausdurchsuchung hatte sie ihn beim Verlassen des Hauses eingesteckt - nicht im Kinderwagen, wie Blümel betonte. Seine Familie habe mit der Sache aber nichts zu tun: „Lassen sie meine Frau und meine Kinder in Ruhe!“

Schmids Mitarbeiterin L. entschuldigte sich übrigens am Mittwochnachmittag zu Beginn ihrer Befragung für die „unangebrachte Wortwahl“ bei den Nachrichten mit Schmid. Sie würde es nicht nochmals machen.



Finanzminister Gernot Blümel musste zum zweiten Mal vor dem U-Ausschuss aussagen. Diesmal entschlug er sich der Aussage oft. Foto: APA/Fahringer

Blümel verteidigt „saloppe Chats“

Der Auftritt des Finanzministers im U-Ausschuss war mit Spannung erwartet worden. Doch mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen entschlug sich Gernot Blümel fast jeder Frage.

Fabian Schmid, Renate Graber

Mehr Netto vom Brutto: Diesem Slogan würde wohl jeder Finanzminister zustimmen. Außer es geht um die Fragezeit im U-Ausschuss, wenn man selbst als Auskunftsperson an der Reihe ist. Da schaffte es die ÖVP-Fraktion unter der Führung von Andreas Hanger, viel Brutto zu schinden. Lediglich sechs Minuten konnte Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) in der ersten Stunde seines U-Ausschuss-Auftritts befragt werden, die restlichen 54 Minuten gingen für Geschäftsordnungsdebatten drauf. Ein altbekanntes Muster: Solche Störschärmützel wandte die ÖVP auch bei der Befragung von Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) oder beim ersten Erscheinen Blümels an.

Damals fiel der Finanzminister mit eklatanten Erinnerungslücken und merkwürdigen Formulierungen auf, etwa: „Ich kann für mich ausschließen, dass ich mich erinnern kann, dass das ein Thema war.“ Gefragt hatte ihn die Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper da-

mals, im Sommer 2020, nach etwaigen Spendenangeboten.

Seither hat sich viel verändert: Blümel ist nun genau wegen eines mutmaßlichen Spendenangebots Beschuldigter im Casinos-Verfahren. Er hatte im Juli 2017 eine Chatnachricht des damaligen Novomatic-Chefs Harald Neumann bekommen, das Ermittler als Bestechungsversuch einstufen – es gilt die Unschuldsvermutung.

Altbekannte Mantras

Sein Status als Beschuldigter im Casinos-Verfahren erlaubt es Blümel, sich im U-Ausschuss bei verfahrensrelevanten Fragen zu entschlagen. Davon machte der Finanzminister auch ausführlich Gebrauch: nicht nur bezüglich des Postenschachers im Casino, sondern auch mit Blick auf die Vorstandswahl von Blümels Freund Thomas Schmid bei der Öbag. Kurioserweise wollte Blümel auch nicht verraten, wie viele IT-Geräte er benutzt: Die Ermittler hatten bei der

Hausdurchsuchung Ladekabel entdeckt, aber keine dazu passenden Geräte.

Blümel wiederholte nur Altbekanntes: etwa dass die ÖVP seit der Obmannschaft von Sebastian Kurz keine Spenden aus der Glücksspielbranche angenommen hat und dass er das auch für mit ihm verbundene Vereine ausschließen könne.

Für die Frage der gemeinhin als peinlich erachteten Chats von oder an Thomas Schmid, die auch Blümel betrafen, hatte man sich in der ÖVP offenbar auf das Wording „salopp“ geeinigt. Immer wieder beschrieb Blümel die Nachrichten so; und er gestand auch ein, dass sie „irritierend wirken und Aufregung verursachen“ können, wenn sie zeitlich und inhaltlich aus dem Zusammenhang gerissen würden.

Für Ärger bei allen anderen Parteien sorgten Vorsitzender Wolfgang Sobotka (ÖVP) und, etwas weniger stark, auch Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl. Dieser ließ einige Fragen nicht zu: Ob sich Blümel mit

dem Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek beraten habe, sei „privat“, Blümel musste daher nicht antworten. Sobotka drehte einige Fragen ab, etwa Jan Krainers (SPÖ) Nachbohren rund um Chats zwischen Kurz und Schmid, in denen Letzterer beschrieb, wie fertig der Bischofskonferenz-Generalsekretär Peter Schipka nach einem Termin gewesen war. Schipka selbst sagte dazu, in der Kirche sei das Vertrauen zur Regierung „bei vielen, nicht nur Repräsentanten, erschüttert“.

Der Ton wurde auch im U-Ausschuss rauer: So stellte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft fest, dass Zahlungen der Novomatic an Sobotkas Alois-Mock-Institut nicht strafbar seien, wenn gleich der Konzern wohl auf eine „wohlwollende Behandlung“ vonseiten der ÖVP gehofft habe. Für den türkisen Fraktionsführer Andreas Hanger lösten sich damit alle Vorwürfe gegen Sobotka in Luft auf – er richtete daher Rücktrittsfordernungen an die Opposition. **Kommentar Seite 28**

„www.leadersnet.at“, 07.04.2021

Das sind die reichsten Menschen der Welt

"Forbes" hat wieder sein Ranking veröffentlicht: Die Coronakrise hat einige Platzierungen verändert.

Das **Forbes**-Magazin veröffentlicht jedes Jahr ein Ranking der reichsten Menschen der Welt. Am Mittwoch war es wieder soweit: An der Spitze konnte sich wenig überraschend Amazon-Boss Jeff Bezos mit einem geschätzten Vermögen von 177 Milliarden Dollar (149 Milliarden Euro) behaupten. Dahinter folgen Tesla-Chef Elon Musk (151 Milliarden Dollar/127 Milliarden Euro) und der LMVH-Boss Bernard Arnault (150 Milliarden Dollar/126,4 Milliarden Euro).

Der Franzose ist auch der einzige Europäer in den Top 10. Diese werden von den USA dominiert. Neben Arnault ist mit dem indischen Reliance-Industries-Vorstandsvorsitzenden Mukesh Ambani (84,5 Milliarden Dollar/71,2 Milliarden Euro) nur ein weiterer Nicht-US-Amerikaner unter den zehn reichsten Menschen der Welt. Darüber hinaus sind die Top-Platzierungen eine reine Männer-Veranstaltung. Die erste Frau im Ranking ist Francoise Bettencourt Meyers (73,6 Milliarden Dollar/62 Milliarden Euro) auf Platz 15.

Reicher als vor der Pandemie

Im Vergleich zum letzten Jahr hat die Corona-Pandemie für einige Veränderungen im Ranking geführt. So stieg die Zahl der Milliardäre laut *Forbes* um 660 auf 2.755. Darüber hinaus sind sieben von acht Milliardären heute reicher als vor der Pandemie. Das gesamte Nettovermögen der Superreichen ist gegenüber dem Vorjahr um 8.000 Milliarden Dollar (6.740 Milliarden Euro) auf 13,1 Billionen US-Dollar (elf Billionen Euro) angewachsen.

Der jüngste Superreiche im Ranking ist der 18-Jährige Kevin David Lehmann. Der Deutsche ist Erbe der Drogeriemarktkette "dm" und darf sich laut *Forbes* über ein erkleckliches Sümmchen von 3,5 Milliarden Dollar (2,95 Milliarden Euro) freuen.

Das sind die Platzierungen der Österreicher

Erster Österreicher im Forbes-Ranking ist wie jedes Jahr Red-Bull-Boss Didi Mateschitz. Mit einem geschätzten Vermögen von 26,9 Milliarden Dollar (22,7 Milliarden Euro) landet er auf Platz 56. Der nächste rot-weiß-rote Eintrag findet sich auf Platz 358: Novomatic-Boss Johann Graf sitzt auf einem Vermögen von 7,1 Milliarden Dollar (sechs Milliarden Euro). Auf Platz 404 reiht sich Bauunternehmer und Investor Georg Stumpf mit 6,5 Milliarden Dollar (5,5 Milliarden Euro). Dahinter folgt auf Platz 496 Immobilientycoon René Benko (5,6 Milliarden Dollar/4,7 Milliarden Euro).